

Haushalt: Rat versucht es mit Redezeitbegrenzung

Etatdebatte soll auf diese Weise an nur einem Tag über die Bühne gehen – FDP will Bürgerentscheid zur Stadtregionalbahn

Kiel. Mal sehen, ob das Experiment, wie Stadtpräsidentin Cathy Kietzer hofft, funktioniert: Denn die Kieler Haushaltsdebatte (morgen, ab 9 Uhr, Ratssaal) soll nach Absprache zwischen den Ratsfraktionen an nur einem Tag statt an zwei Tagen über die Bühne gehen. Das war nur 2008 der Fall und davor mehr als 20 Jahren nicht mehr. Helfen soll dabei eine strenge Redezeitbegrenzung.

Nach dem bisherigen Plan könnte die Debatte – alljährlich die große Plattform für den heftigen Schlagabtausch über den Kurs der Stadt – nach fünf Stunden gegen 19 Uhr zu Ende sein. Je nach Fraktionsgröße und gewählten Schwerpunkten dürfen

die Kommunalpolitiker ihre Redner bis zu maximal 95 Minuten (Gesamtredezeit für SPD, größte Fraktion mit 19 Mitgliedern) und 15 Minuten (Direkte Demokratie kleinste Fraktion mit zwei Sitzen) in die Bütt schicken. Zwei zusätzliche Protokollmitarbeiter erfassen die jeweiligen Zeiten. Davor haben Oberbürgermeisterin, Kämmerer, alle Fraktionschefs – jeweils in 20 Minuten – und zwei fraktionslose Ratsmitglieder ihre Vorstellungen aber bereits dargelegt. Nach der Beratung im Finanzausschuss über den Haushalt 2013, der ein Defizit von 75 Millionen Euro aufweist (Gesamtvolumen 795 Millionen Euro), könnte der Zeitrahmen aber eng werden.

Denn während die Ratsmehrheit von SPD, Grünen und SSW den vorgelegten Entwurf von Stadtrat Wolfgang Röttgers samt ihrer Änderungen als solide und sozial bezeichnet, stößt er bei CDU, FDP und Linken auf Kritik. Alle drei lehnen angesichts der Finanznot den Kiel-Kanal ab, für den 600 000 Euro eingestellt sind. CDU und FDP wollen auch die Planungsgelder von 1,2 Millionen Euro für die Stadtregionalbahn gestrichen wissen. Die Ratsmehrheit, so der Tenor der beiden Fraktionen, arbeite mit ungedeckten Schecks bzw. greife in die falschen Taschen: Die geplanten Kürzungen in den Schul-Budgets um 400 000 Euro müssten zurückgenom-

men werden. Auch in einzelnen Forderungen steckt Brisanz. So will die FDP OB Susanne Gaschke beim Wort nehmen, die einen Bürgerentscheid zur Stadtregionalbahn angeregt hatte. Im Finanzausschuss waren die Liberalen mit ihrem Vorstoß an der Mehrheit gescheitert, was auch die Piratenpartei heftig moniert.

Zwei Themen im Anschluss an die Haushaltsdebatte könnten den Zeitplan weiter verengen. Gaschke kündigte an, bereits mit Wirkung ab 14. Dezember die Wirtschaft zur Chefsache machen zu wollen. Damit werden, wie berichtet, das Amt für Kommunikation, Standortfragen und Wirtschaftsmarketing, der Eigen-

betrieb Beteiligungen und der Abfallwirtschaftsbetrieb dem OB-Büro direkt angegliedert. Kämmerer Wolfgang Röttgers legt zudem den Antrag auf Landeshilfe für arme Kommunen zur Abstimmung vor. Bis 2018 erhofft sich Kiel im Gegenzug zu Einsparungen und Einnahmeverbesserungen einen Geldsegen von mehr als 60 Millionen Euro. Die Zustimmung gilt als sicher, nachdem der Vorstoß den Finanzausschuss ohne Gegenstimmen passiert hat. mad

■ Die RathausRunde bei Kiel TV befasst sich mit den Themen Sport- und Schulbauten sowie Kondolidierungshilfe. Die Aufzeichnung wird heute um 13 und 20 Uhr gesendet.